



ALVARO: Verfassungsklage gegen Vorratsdatenspeicherung in der Slowakei begrüßenswert

ALVARO: Verfassungsklage gegen Vorratsdatenspeicherung in der Slowakei begrüßenswert

BRÜSSEL. Zur Klage slowakischer Parlamentsabgeordneter vor dem dortigen Verfassungsgericht gegen die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in nationales Recht erklärt der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, FDP-Präsident Alexander ALVARO:
"Ich begrüße die Klage der Abgeordnetenkollegen außerordentlich. Die Kläger melden Zweifel an der Verfassungskonformität der Vorratsdatenspeicherung an. Sie wollen gerichtlich klären lassen, ob unter anderem gegen das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns verstoßen wurde.
Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung aus dem Jahr 2006 verlangt von den Mitgliedstaaten der EU eine anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten zu Fahndungszwecken für mindestens sechs Monate. Vor dem Hintergrund ausbleibender Resultate und Klagen vor unterschiedlichen nationalen Verfassungsgerichten, hatte die Kommission selbst eine Revision der Richtlinie angeregt, deren Vorlage sie bis heute schuldig geblieben ist.
Nachdem nun nichts vorliegt und wir auch nicht erkennen können, dass ein Vorschlag in Erarbeitung ist, fordere ich die Kommission auf, beim Europäischen Gerichtshof klären zu lassen ob der Grundgedanke der Richtlinie überhaupt mit der EU-Grundrechtecharta vereinbar ist. Gegebenenfalls könnte sich die Kommission nämlich die Arbeit sparen und stattdessen die Richtlinie schlicht aufheben.
In dieser Woche hatte das Europaparlament noch einmal seine Kritik an der Richtlinie gegenüber der zuständigen Kommissarin Cecilia Malmström zum Ausdruck gebracht."

FDP Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T. 030 - 28 49 58 43
F. 030 - 28 49 58 42

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.